

Die ZUE Düren-Gürzenich

Ein Lager vor unserer Haustür

Ein Lager mitten im Wald gelegen, weit ab von jeder Bebauung, umgeben von einem hohen Zaun, oben abgeschlossen mit Stacheldraht, eine geschlossene Schranke mit einem Wachhäuschen, in dem Angehörige einer Sicherheitsfirma Dienst tun – Zutritt nur nach vorher eingeholter Genehmigung - Fotografieren strengstens verboten!

Das ist aktuelle Realität in Deutschland, mitten unter uns im Jahre 2020, und zwar in Düren-Gürzenich, weit außerhalb des Ortes mitten im Wald in einer ehemaligen britischen Kaserne, ganz in der Nähe eines Golfplatzes und eines Tennisclubs.

Die Bezirksregierung in Köln leitet die „Zentrale Unterbringungseinrichtung“ (ZUE) in Düren-Gürzenich und ist mit mehreren Mitarbeiter*innen auch vor Ort. Sie hat die Versorgung und Betreuung der Asylsuchenden dem Malteser Hilfsdienst übertragen. Mit dem gesetzlich vorgeschriebenen Beratungsdienst wurde die evangelische Gemeinde in Düren beauftragt. Für die Sicherheit der Einrichtung sorgt ein privater Sicherheitsdienst.

Die ZUE in Düren-Gürzenich wurde ursprünglich für maximal 800 Personen errichtet und ist damit neben der ZUE in Wegberg die größte in NRW. Belegt ist sie allerdings im Augenblick auf Grund der Corona-Pandemie nur mit circa 500 Geflüchteten. Trotzdem sind die Bewohner*innen immer noch in Mehrbettzimmern mit zweistöckigen Hochbetten untergebracht, getrennt nach Familien, Frauen und Männern. Wo und mit wem sie zusammen wohnen, darauf haben sie keinen Einfluss. Bei der räumlichen Enge in den Zimmern und bei der gemeinsamen Nutzung der Duschen und der Toiletten sind die vorgeschriebenen Abstandsregeln kaum einzuhalten, so dass die Angst vor einer Infizierung mit dem Corona-Virus riesengroß ist.

„Wir fordern die Schließung der Massenunterkünfte und eine dezentrale Unterbringung der Bewohner*innen!“

Deshalb haben wir am 19. Juni 2020 vor der ZUE in Gürzenich eine Protestkundgebung abgehalten, um unsere Solidarität mit den Bewohner*innen zum Ausdruck zu bringen. Gleichzeitig forderten wir die Schließung derartiger Massenunterkünfte, besonders auch wegen der Gefährdung durch die Corona-Pandemie, und die dezentrale Unterbringung der Bewohner*innen in Kommunen.

In NRW gibt es insgesamt 33 dieser zentralen Unterbringungseinrichtungen, die nach 2015 im Zuge der politischen Rechts- und Ordnungsdebatte geschaffen wurden, als Zwischenstationen zwischen den Erstaufnahmeeinrichtungen und den Kommunen. Anfangs, im Herbst 2015, wurden die Asylsuchenden noch direkt von den Erstaufnahmeeinrichtungen den Gemeinden zugeteilt, wo sie in Sammelunterkünften untergebracht wurden und dort unmittelbar von Ehrenamtler*innen betreut wurden. Heute werden sie stattdessen in den ZUEs in weitgehender Isolation von der restlichen Bevölkerung „zwischengelagert“, bis ihr Asylverfahren abgeschlossen ist und sie dann endgültig einer Kommune zugewiesen oder aber in ihr Herkunftsland abgeschoben werden. Die Abschiebungen erfolgen meist in der Nacht, so dass sie von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden.

Der Kontakt der Bewohner*innen zur Außenwelt ist in den ZUEs stark eingeschränkt. Sie sind von dem normalen Leben völlig abgeschnitten und haben auf Grund der

abgeschiedenen Lage, mitten im Wald weit ab von der Ortschaft, Gürzenich kaum Kontakt zu der einheimischen Bevölkerung. Obwohl sie die Unterkunft tagsüber verlassen können, fühlen sie sich auf Grund der äußeren Bedingungen wie in einem Lager isoliert.

Das gesetzlich vorgeschriebene Beratungsrecht der Asylsuchenden nimmt in der ZUE Düren-Gürzenich die Beratungsstelle der evangelischen Gemeinde Düren wahr, die viermal in der Woche von 11 – 15 Uhr eine offene Beratung durchführt. Durch diese Beratung erhalten die Asylsuchenden auch Zugang zur rechtlichen Klage, die von der Beratungsstelle selbst aufgesetzt und eingereicht wird, zumal der Kontakt zu Rechtsanwält*innen für die Bewohner*innen kaum möglich ist. Aber auch bei aufschiebender Wirkung der Klage gibt es immer wieder willkürliche Verzögerungen der Zuweisungen, auch das wieder ein eindeutiger Rechtsmissbrauch.

Für die Bewohner*innen gibt es in der ZUE außerdem zahlreiche Verbote, die die von uns gewählte Bezeichnung „Lager“ durchaus gerechtfertigt erscheinen lassen. Es besteht ein generelles Arbeitsverbot, und die Kinder dürfen nicht zur Schule gehen. Die Schulpflicht ist für sie aufgehoben, ein rechtlich außerordentlich zweifelhaftes Verbot, denn die Kinder müssen ggf. sechs Monate auf ihr Recht auf schulische Bildung zwangsweise verzichten. Außerdem dürfen die Bewohner*innen nicht selbst kochen, müssen also auf das aus ihren Heimatländern gewohnte Essen verzichten. Versorgt werden sie zu allen Mahlzeiten in der Kantine durch die Lagerküche. Der Alltag verläuft in der ZUE völlig eintönig und sinnentleert. Es gibt keine Arbeit, keine Beschäftigung, keinen Unterricht, also keinerlei Abwechslung. Man verbringt die Zeit mit dem Warten auf die lebenswichtige Entscheidung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über den Asylantrag, und wenn sie dann erfolgt ist, wartet man darauf, was danach mit einem geschieht. Den Geflüchteten wird auf diese Weise weitere wertvolle Lebenszeit gestohlen.

Darüber hinaus sind die Bewohner*innen der ZUE nicht krankenversichert, sie haben nur Anspruch auf eine ärztliche Notversorgung. Sprechstunden gibt es in der Sanitätsstation vor Ort zweimal in der Woche durch einen Hausarzt, einmal wöchentlich durch eine Kinderärztin und eine Hebamme. Sie müssen die Notwendigkeit einer fachärztlichen Behandlung bescheinigen.

Das Leben in einer ZUE ist für die Bewohner*innen erheblich eingeschränkt und durch Verbote stark reglementiert, ein Zustand, der zu unserer Vorstellung von einem menschenwürdigen Umgang mit geflüchteten Menschen in totalem Widerspruch steht. Durch die lagerartige Unterbringung wird der psychische Druck auf die Bewohner*innen noch erhöht und damit auch die Suizidgefahr. Es besteht zwar eine Zusammenarbeit mit der psychiatrischen Klinik LVR Düren, aber es gibt viel zu viele psychisch erkrankte und traumatisierte Personen, die dringend professionelle Hilfe brauchen.

Vor dem Hintergrund dieser unmenschlichen Verhältnisse in den ZUEs ist die politische Forderung nach der sofortigen Schließung dieser Gemeinschaftsunterkünfte zwingend notwendig, weil in diesen Einrichtungen die Würde der dort lebenden Menschen massiv mit Füßen getreten wird!

Bürger*innenasyl Aachen